

## Terror – und unser Umgang damit

#VDS lehne ich entschieden ab – verstößt gg Recht auf Privatheit u Datenschutz.  
Kein deutsches Gesetz u keine EU-RL! [...]  
Bundesjustizminister Heiko Maas (@HeikoMaas) auf Twitter, 15. Dezember 2014



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder des FlFF,

was am 13. November 2015 in Paris geschehen ist, ist furchtbar. Erneut sind dem internationalen Terrorismus viele Menschen zum Opfer gefallen. Wir trauern mit den Angehörigen und Freunden der Opfer.

Terror (lat. *terror* – „Schrecken“) wird in Wikipedia definiert als die systematische und oftmals willkürlich erscheinende Verbreitung von Angst und Schrecken durch ausgeübte oder angedrohte Gewalt, um Menschen gefügig zu machen. Dass es sich bei den Anschlägen von Paris um Terror handelt, bestreitet niemand ernsthaft. Täter:innen und ihre Unterstützer:innen müssen verfolgt und zur Rechenschaft gezogen werden. Doch die Wirkung des Terrors wird auch unbeabsichtigt gefördert – beispielsweise durch die stakkatoartigen Medienberichte und -kommentare nach den Pariser Anschlägen, die tagelang den Menschen eine Terrorangst einredeten. Fast schon zynisch ist es, wenn dieselben Medien nach den tagelangen Berichten scheinheilig die Frage nach den Ursachen der selbst geförderten Terrorangst stellen. *„Kann es sein, dass überhaupt erst diese Hysterie, unsere überdrehte Berichterstattung, dem Terror einen Sinn gibt?“*, fragte der Kabarettist Dieter Nuhr in seinem Jahresrückblick 2015.

Dazu kommen Terroralarme der Geheimdienst- und Polizei Behörden. An Silvester wurde in München ein Großalarm ausgerufen, im November in Hannover gar ein Fußball-Länderspiel abgesagt, offenbar auf Grund von Hinweisen auf terroristische Anschläge. Welche Hinweise das sind, erfährt die Öffentlichkeit nicht oder nur bruchstückhaft; ihre Stichhaltigkeit kann sie kaum beurteilen. Die Behörden tragen hier eine große Verantwortung – dafür, Anschläge zu verhindern, aber auch dafür, besonnen zu reagieren und Panikreaktionen zu vermeiden. Dazu benötigen sie das Vertrauen der Bevölkerung: ein Vertrauen, das durch die Geheimdienstskandale, die in der jüngeren Vergangenheit bekannt wurden – Stichworte NSA-/BND-Skandal und NSU-Affäre –, schweren Schaden erlitten hat.

Weder in Hannover noch in München ist nach dem Terroralarm etwas passiert – zum Glück! War es also ein Fehlalarm oder haben die Sicherheitsmaßnahmen gegriffen? Egal – es werden sofort neue Befugnisse für Sicherheitsbehörden gefordert. Jedes Ereignis ist recht, um neuen freiheitseinschränkenden Befugnissen – und damit dem Rechtsstaatabbau – den Boden zu bereiten. Vertrauensbildung sieht anders aus.

Aber wie reagiert man angemessen auf einen Anschlag wie in Paris? Als Anders Breivik in Norwegen seine Anschläge verübte, reagierte die damalige norwegische Regierung unter Ministerpräsident Jens Stoltenberg besonnen. Der französische Präsident François Hollande dagegen spricht von Krieg und reagiert mit mi-

litärischer Gewalt. Leider haben sich Bundesregierung und Bundestag ebenfalls dafür entschieden, durch ihren Kriegseinsatz in Syrien diese Gewaltspirale weiterzudrehen. Es spricht einiges dafür, dass erst das militärische Engagement der westlichen Staaten den jihadistischen Terror auf das heutige Maß ausgeweitet hat. Dieser Terror trifft meist die Menschen in den arabischen Staaten selbst – die dort stattfindenden Anschläge mit ihren Opfern erreichen freilich nur selten die Schlagzeilen unserer Tageszeitungen.

Warum werden diese Anschläge verübt? Zweifellos ist der „Islamische Staat“ eine Terrororganisation, die unter dem Deckmantel des Islams für schreckliche Anschläge verantwortlich ist. Doch was ist die Ursache für das Entstehen solcher Organisationen? „Sie hassen uns für unseren freiheitlichen Lebensstil“, so heißt es häufig. Doch damit macht man es sich sehr einfach. Vielleicht hassen sie uns ja auch dafür, dass wir ihre Städte bombardieren und durch Drohnenangriffe ihre Menschen töten – auch hier fallen den Angriffen Kinder, Frauen und Männer zum Opfer, ob jung oder alt, ob schuldig oder unschuldig. Sind wir bei anderer Gelegenheit nicht stolz auf unseren Rechtsstaat, der jedem Menschen ein faires Verfahren garantieren soll?

Auch sonst nähren die Maßnahmen gegen den Terror Sorgen um den Fortbestand des Rechtsstaates, nicht nur in Frankreich. Ein monatelanger Ausnahmezustand wurde dort ausgerufen, der den Behörden weitgehende Befugnisse verleiht; dieser Ausnahmezustand soll nun verlängert und in der französischen Verfassung verankert werden. Gleichzeitig beschneidet die neu gewählte polnische Regierung die Rechte des Verfassungsgerichts und der Medien. In Deutschland wurde erneut die Vorratsdatenspeicherung beschlossen, nachdem das Bundesverfassungsgericht die vorherige Umsetzung für verfassungswidrig und der Europäische Gerichtshof die entsprechende EU-Richtlinie für unvereinbar mit der europäischen Charta der Menschenrechte befunden hatten. Die nun neu beschlossene Vorratsdatenspeicherung sei grundrechtskonform, so wird uns versichert. Doch die Praxis, das Grundgesetz so zu überdehnen, dass sich Maßnahmen der inneren „Sicherheit“ stets am gerade noch verfassungsrechtlich erlaubten orientieren, gefährdet den Rechtsstaat. Und der Versuch, die Bevölkerung durch verschleierte Begriffe wie „Höchstspeicherfrist“ und den ständig wiederholten Hinweis, es würden ja keine Inhalte gespeichert, zu täuschen, beschädigt das Vertrauen in die Sicherheitspolitik zusätzlich. „We kill people based on Metadata“ – diese Aussage von Michael V. Hayden, dem ehemaligen Direktor von CIA und NSA, lässt dazu keine Zweifel mehr offen.

Auch dieses Mal wird es Verfassungsbeschwerden gegen die Vorratsdatenspeicherung geben – wir können nur hoffen, dass sie erfolgreich sind.

Das gilt um so mehr, als alle neuen Überwachungsmaßnahmen im Kontext des Geheimdienstskandals gesehen werden müssen, der, nachdem er durch die Enthüllungen von Edward Snowden bekannt wurde, weiter andauert, und sich mit jeder Ausweitung der Überwachung vergrößert. Mit bemerkenswerter Chuzpe werden die Rechte von Geheimdiensten ausgeweitet, als ob es die Skandale und Debatten der letzten Jahre nicht gegeben hätte. Zur Erinnerung:

- Die Telekommunikation und der Internetverkehr werden weltweit umfassend überwacht, und die Überwachungskapazitäten und -aktivitäten werden weiter ausgebaut – das wissen wir durch die Enthüllungen von Edward Snowden.
- Die Daten werden dafür genutzt, Menschen ohne Gerichtsurteil durch Drohnenangriffe zu töten – dabei wird in Kauf genommen, dass Unschuldige den Angriffen zum Opfer fallen. Erste Hinweise deuten darauf hin, dass dies sogar bewusst geschieht. Eine entscheidende Rolle dafür spielt der US-Stützpunkt in Ramstein – das wissen wir vom Whistleblower und ehemaligen Drohnenpiloten Brandon Bryant.
- Rechtsstaatliche Mechanismen werden reduziert oder außer Kraft gesetzt, siehe als Beispiele die aktuellen Entwicklungen in Frankreich und Polen – nebenbei: die Einschränkung der Befugnisse des Bundesverfassungsgerichts wurde in Deutschland von konservativer Seite ebenfalls bereits gefordert.
- Gleichzeitig werden Befugnisse und Ausstattung der Geheimdienste und Sicherheitsbehörden weiter gestärkt – die Vorratsdatenspeicherung ist nur ein Beispiel dafür.

Wir müssen wohl davon ausgehen, dass auch die durch die Vorratsdatenspeicherung gesammelten Daten – entgegen vorheriger Beteuerungen – schnell den Weg zu den Geheimdiensten finden. Einen ersten Schritt in diese Richtung hat die bayerische Landesre-

gierung bereits gemacht, entsprechende Beschlüsse gibt es auch bei der CDU. Das Bundesverfassungsgericht urteilte in seinem Urteil gegen die Vorratsdatenspeicherung 2010, dass die „Überwachungsgesamtrechnung“, die gesamtheitliche Betrachtung aller staatlichen Überwachungsmaßnahmen, im Blick behalten werden muss. Legen wir dieses Prinzip zugrunde, ist das akzeptable Maß auch ohne die Vorratsdatenspeicherung bereits weit überschritten. Gleichzeitig ist ihr Nutzen fraglich, das haben Studien gezeigt. Gegen die Pariser Anschläge hat die in Frankreich längst in Kraft gesetzte Vorratsdatenspeicherung nicht geholfen. Dennoch wird sie seit Jahren von Innen- und Sicherheitspolitikern gebetsmühlenartig gefordert. Nicht zuletzt der Sinneswandel von Bundesjustizminister Maas hat dazu beigetragen, dass die Befürworterinnen einen Etappensieg errungen haben.

Weniger öffentliche Aufmerksamkeit erfährt eine Form des Terrorismus in Deutschland, der nicht die Deutschen trifft, sondern die Menschen, die bei uns Schutz suchen. Unterkünfte für Geflüchtete werden von „besorgten Bürger:innen“ angezündet – 2015 gab es mehr als 800 Fälle, zumeist mit rechtsradikalem Hintergrund.

Es geht gerade um nicht weniger als unsere freiheitliche Gesellschaft. Sie ist bedroht durch Terrorismus, aber sie ist auch bedroht durch eine Sicherheitsdoktrin, die Überwachung und Rechtsstaabbau im Inneren und militärische Gewalt nach außen zum Mittel der Wahl erklärt. Noch ist es möglich, dass die Verantwortlichen besonnen auf Bedrohungen reagieren und rechtsstaatliche Prinzipien (wieder) in den Vordergrund rücken – sie sollten diese Möglichkeit nutzen. Und: Wenn wir vom Terrorismus reden, dürfen wir vom alltäglichen Rassismus und Rechtsradikalismus nicht schweigen. Unser freiheitlicher Rechtsstaat und damit die Zukunft unserer Gesellschaft hängt davon ab.

Mit Fliffigen Grüßen

Stefan Hügel



Thomas Reinhold

## Wie werden Kriege gemacht

Veranstaltung mit den beiden ehemaligen CIA-Analysten Ray McGovern und Elisabeth Murray, am 14. September 2015 an der Universität Hamburg im Rahmen der Kampagne *Cyberpeace*

Am 14. September 2015 waren Elisabeth Murray und Ray McGovern in Deutschland-Rundreise auf Einladung des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Die Veranstaltung wurde von ca. 100 Personen gut besucht. Leider war die Brisanz der Informationen wünschenswert gewesen wäre.

erschieden in der FlifF-Kommunikation,  
herausgegeben von FlifF e.V. - ISSN 0938-3476  
[www.fliff.de](http://www.fliff.de)

Elisabeth Murray im Rahmen ihrer Veranstaltung, die mit Unterstützung des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg durchgeführt werden konnte, war mit etwa 80 Personen anwesend, was angesichts der

Die beiden Referenten, die unter anderem als Quell-Analysten für den Nahen Osten und zeitweise für die täglichen nachrichtendienstlichen Berichte an den US-Präsidenten zuständig waren, haben über ihre Erfahrungen im Rahmen ihrer jahrzehntelangen Arbeit bei der CIA berichtet. Dabei ging es zum einen darum, wie aus einer Organisation, die ursprünglich als reine *Intelligence*-Institution aufgebaut wurde, der weltweite Geheim-

dienst werden konnte, der – oft fernab jeglicher Kontrolle oder Transparenz – Exekutivbefugnisse für sich beansprucht und sich dabei das eine und andere mal in außenpolitische Konflikte verstrickt hat. Dabei haben die beiden Referenten unter anderem anhand der Enthüllungen von Edward Snowden aufgezeigt, in welchem Umfang die USA und Großbritannien gezielt Informationen und Erkenntnisse aus öffentlichen und geheimen Quel-